

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

|                                                     |
|-----------------------------------------------------|
| Schleswig-Holsteinischer Landtag<br>Umdruck 20/6314 |
|-----------------------------------------------------|

## **Sprechzettel**

**des Staatssekretärs Dr. Frederik Hogrefe**

Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am 11. März 2026

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes des  
Polizeipolitischen Sprechers der SPD, Niclas Dürbrook,  
MdL

**„Bericht der Landesregierung zum Ausstieg des  
Landes aus der Planung für eine gemeinsame  
Leitstelle von Polizei und Feuerwehr in Lübeck“**

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,**

**sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,**

das ursprüngliche Ziel des Landes war die Realisierung einer modernen Leitstelle, die den aktuellen und absehbaren Anforderungen an kritische Infrastrukturen gerecht wird.

Hierzu wurde im Jahr 2020 ein Kooperationsvertrag mit dem Ziel der Fertigstellung einer gemeinsamen Leitstelle geschlossen.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die weiteren Planungen zunächst auf Eis gelegt, bevor sie zu Beginn des Jahres 2023 wieder aufgenommen wurden. 2025 war dann der Planungsstand für die einzelnen Gebäudeteile auf dem Grundstück so weit fortgeschritten, dass die Stadt Lübeck und die Polizei gemeinsam in die Detailbetrachtung einsteigen konnten.

Bauherr für das Neubauprojekt ist die Hansestadt Lübeck. Das Land hätte die Eigenschaft eines langfristigen Mieters von Leitstellenräumlichkeiten in dem Neubauprojekt in der Welsbachstraße übernommen - in analoger Ausführung zu den Kooperativen Regionalleitstellen in Harrislee und Elmshorn.

Im Zuge der Realisierung dieser Kooperativen Regionalleitstellen wurden bereits entsprechende landeseinheitliche Sicherheitsstandards festgelegt.

Diese Sicherheitsstandards orientieren sich an den einschlägigen Sicherheitsempfehlungen des Leitstellenverbundes e.V. sowie der DIN 50518 und wurden bei den Neubauten in Harrislee und Elmshorn berücksichtigt.

Bei der Planung des Neubaus der Lüneburger Feuerwehr wurde in der Detailbetrachtung ab 2025 offensichtlich, dass diese Sicherheitsstandards nicht vollumfänglich umgesetzt werden können. Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage ist aus Sicht des Landes eine Herabsenkung der Sicherheitsanforderungen unter das Niveau der Leitstellen in Harrislee und Elmshorn jedoch nicht begründbar.

Die Sicherheitsanforderungen an die Kritische Infrastruktur haben sich in darüber hinaus den letzten Jahren aus geopolitischen Gründen noch einmal verschärft.

Die jüngsten Verhandlungen und Besprechungen zwischen der Hansestadt Lüneburg und dem MIKWS offenbarten in der objektiven Gesamtschau, dass die

zwingenden Bedarfe, die an einen Leitstellenneubau in der aktuellen sicherheitspolitischen Situation zu richten sind, nicht mit den Nutzungsnotwendigkeiten des Betriebes einer Feuerwache in Einklang zu bringen sind.

Der Betrieb einer Feuerwache ist gekennzeichnet durch einen hohen Publikumsverkehr. Kurzfristiges Ein- und Ausfahren von Einsatzfahrzeugen und die damit verbundenen offenen Zugangstore sind praktisch nicht zu vermeiden.

Dies steht dem gesteigerten Schutzbedürfnis eines Leitstellengebäudes mit Umfriedung, Zugangskontrolle grundsätzlich entgegen.

Das vorgesehene Baugrundstück liegt an der Ecke Welsbachstraße und Hans-Böckler-Straße im Lübecker Stadtteil St. Jürgen. Im Verlauf der weiteren Planungen wurde deutlich, dass die zentrale innerstädtische Lage und die Größe des Grundstücks die Umsetzung eines kombinierten Gebäudes für Feuerwehr und polizeiliche Leitstelle erheblich erschweren.

Die hohen sicherheitstechnischen Anforderungen an eine polizeiliche Leitstelle hätten nur durch zusätzliche erhebliche bauliche und organisatorische Maßnahmen

erfüllt werden können. Selbst dann wäre lediglich eine Kompromisslösung möglich gewesen, die sowohl mit deutlichen Mehrkosten als auch mit sicherheitstechnischen Abstrichen verbunden gewesen wäre.

Damit hätte man bestehende Sicherheitsstandards unterschritten, wie sie bei anderen kooperativen Leitstellen im Land umgesetzt wurden.

Am Ende der bisherigen Planungsphase prognostizierte die Hansestadt Lübeck allein für die notwendigen sicherheitstechnischen Anpassungen Kosten von knapp unter zehn Millionen Euro. Zum Vergleich: Bei den Bauprojekten der kooperativen Leitstellen in Harrislee und Elmshorn lagen die entsprechenden Aufwendungen lediglich im unteren sechsstelligen Euro-Bereich.

Kompromisslösungen zu Lasten der Inneren Sicherheit müssen in der heutigen Zeit vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Weltlage und im Hinblick auf die zukunftssträchtige Ausrichtung von Kritischer Infrastruktur ausgeschlossen werden.

Die Entscheidung zum Ausstieg fiel dem Land ausgesprochen schwer. Letztendlich ist sie das Resultat

der fachlichen Erwägungen vor dem Hintergrund der veränderten geopolitischen Sicherheitslage.

Die Gespräche mit der Hansestadt Lübeck, insbesondere auch mit Bürgermeister Jan Lindenau, waren von Anfang an von großem gegenseitigem Verständnis und einem sehr konstruktiven Austausch geprägt. Auf dieser Basis ist das heute vorgestellte Ergebnis gemeinsam und im engen Einvernehmen mit der Stadt Lübeck erarbeitet worden.

Auch wenn wir aus dem gemeinsamen Neubauprojekt mit der Hansestadt Lübeck ausgestiegen sind, werden wir dafür Sorge getragen, dass die Lübecker Polizei zu jeder Zeit eine leistungsfähige moderne Leitstelle nutzen wird.

Gemeinsam mit der Polizeidirektion Lübeck und allen weiteren maßgebenden Akteuren werden wir zeitnah eine gute und zukunftsfähige Lösung für die Leitstelleninfrastruktur entwickeln.

Vielen Dank.